

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Jugendhilfeausschuss	15.06.2021

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus dem JHA vom 27.04.2021 zu TOP 8.5.8, Vorlage 1342/2021 - Auswirkungen der Corona-Pandemie auf LSTBQI-Jugendliche

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt an und fragt:

Die psychische Belastung nimmt in der Pandemie mit den damit verbundenen Maßnahmen besonders bei Kindern und Jugendlichen stark zu. Das zeigt nicht zuletzt die Mitteilung des Anyway (1342/2021) beispielhaft. Fehlende Freiräume, kaum Möglichkeiten sich auszuprobieren, Rückzugsorte außerhalb der Wohnung, Treffen mit Gleichaltrigen und Einsamkeit sind nur einige Punkte, unter denen Kinder und Jugendliche derzeit leiden. Dadurch, dass sie andere Bedürfnisse als Erwachsene haben, sind Kinder und Jugendliche anders von den Corona-Maßnahmen getroffen.

1. Bestand bisher ein Austausch mit Kinder und Jugendlichen und/oder Jugendverbänden über den Einfluss der Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen? Wenn ja, wie wurde dies mit bei den derzeitigen Maßnahmen berücksichtigt? Wenn nein, ist eine partizipativer Austausch mit Kinder und Jugendlichen sowie den Jugendverbänden geplant?
2. Wie plant die Verwaltung, die besonderen psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen bei allen schützenden Maßnahmen mit abzuwägen?
3. Was plant die Verwaltung, um Jugendliche bei der Bewältigung der besonderen psychischen Belastung zu unterstützen und die Langzeitfolgen durch die Einschränkungen möglichst gering zu halten?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Situation der psychischen Verfassung von Kindern durch die Corona-Pandemie wird derzeit bundesweit beleuchtet, so dass etliche Studien bei Kindern und Jugendlichen auftretende psychische Auffälligkeiten bestätigen und dauerhafte Benachteiligungen sowie erhebliche gesellschaftliche Folgeprobleme prognostizieren (zu nennen sind hier: Copsy-Studie, Studie des DJI und eine Studie des Forschungsverbundes DJI/TU Dortmund, Corona-KiTa-Studie, Onlinebefragung „KiCo“, JuCo-Studie des Forschungsverbunds „Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit“, Umfrage der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Paracelsus Medizinischen Privatuniversität Nürnberg + Klinik für Abhängiges Verhalten und Suchtmedizin am Zentralinstitut für Seelische Gesundheit (ZI) Mannheim, „Jugendhilfeb@rometer“ des Deutschen Jugendinstituts (DJI)). Besonders betroffen sind laut wissenschaftlicher Erkenntnisse Kinder im Kindergartenalter von 3-6 Jahren sowie die Altersgruppe von 7-14 Jahren, dies betrifft bis zu 4 Millionen Kinder und Jugendliche in der BRD. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen alleinerziehender Mütter und aus sozial benachteiligten Familien in prekären Lebenslagen bei wegfallenden Hilfsangeboten wurden schulische Probleme, Angst, Depression, Anstieg häuslicher Gewalt und damit einhergehende Traumatisierungen, Suchtproblematiken und Steigerung von Suchterkrankungen festgestellt. Mit Blick auf die aktuellen Abschlussjahrgänge drohen einer Vielzahl von jungen Menschen ein fehlender Schulabschluss sowie das Verpassen eines Anschlusses an eine weitergehende Qualifizierung, so dass langfristig erhebliche biografische und gesellschaftliche Folgen zu erwarten sind. Zwei Drittel aller Jugendämter berichten von deutlich negativen Veränderungen in allen Lebensbereichen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch die Pandemie. Die seitens der bundesweiten Studien geforderten Empfehlungen sind -mit dem Fokus auf Kinder und Jugendliche mit

psychischen Erkrankungen, mit Bildungsbenachteiligung aus bildungsfernen Familien sowie auf Familien mit Migrationshintergrund- folgende:

- Ausbau materieller und personeller Ressourcen für Angebote der Kinder- und Jugendarbeit,
- Ausbau der vorhandenen Sport-, Bewegungs- sowie Ernährungsprogramme, Ausbau mobiler Angebote –auch als weiteres Kontaktangebot im jeweiligen Bezirk,
- erhöhte Unterstützung von Familiengrundschulen in ihrer Lotsen-Funktion für die Familien, Nachhilfeangebote und Lernförderung, verstärkte Elternarbeit,
- Stärkung der Jugendsozialarbeit in der Übergangsgestaltung von der Schule in den Beruf, eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche, Unterstützung von Betrieben,
- Ausbau der Schulsozialarbeit und/oder sonstige schulische Lernunterstützung,
- mehr Unterstützung im Übergang Schule-Beruf (Praktika und Ausbildungsplatzsuche).

Seitens des Amtes für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln werden die beschriebenen Studienergebnisse in der Praxisarbeit bestätigt. In Köln leben rund 65.000 Kinder im Alter von 0-6 Jahren und rund 57.000 Kinder im Alter von 6-18 Jahren. Die Fachkräfte des Kinder- und Jugendhilfesystems nehmen in allen Bereichen eine Zunahme der psychischen Belastung bei den Kindern und Jugendlichen -jedoch auch bei den Sorgeberechtigten- wahr. Dadurch wurde sichtbar, dass die Kinder und Jugendlichen, die bereits vor der Corona-Pandemie unter benachteiligten Umständen aufwuchsen, weitaus größere Defizite als nur im schulischen Bereich zu erwarten haben. Die häusliche Atmosphäre wird vielerorts durch die Folgen der Pandemie als belastend beschrieben, u.a. weil Ausbildungsplätze, Praktika, schulische Angebote sowie Therapieplätze bei psychischen Belastungen fehlen und notwendige Bewegungs- und Hilfsangebote durch die Corona-Schutzverordnungen wegfallen mussten.

Analog zu den Ergebnissen der wissenschaftlichen Studien wurde aus allen Bereichen der Jugendverwaltung eine psychische Belastung bei Kindern und Jugendlichen aufgrund folgender Schwerpunktthemen beschrieben: Ausgrenzung von Jugendlichen, fehlender Kontakt zu Gleichaltrigen, Verlust von Tagesstruktur, Antriebslosigkeit, allgemeine Orientierungslosigkeit und Perspektivlosigkeit, multiple Problemlagen bei der Umsetzung des Homeschooling, Bildungs- und Lernrückstände, mangelnde berufliche Orientierung, erschwerte Vermittlungen in Ausbildungsbetriebe, Sprach- und Verständnisprobleme bei Jugendlichen mit Migrationsgeschichte und ausufernde Mediennutzung. Dies führte zu einer Zunahme von telefonischen Kontakten besorgter Eltern sowie einer steigenden Anzahl von Beratungen von Menschen mit psychischen Erkrankungen/Auffälligkeiten in den entsprechenden Fachbereichen.

Vormals verlässliche Strukturen in Familie, Schule, Sportvereinen und den Jugendzentren brachen weg. Die somit zunehmende Unsicherheit, Zukunftsangst und Sorgen spiegelten sich somit auch bei den Kindern und Jugendlichen. Das dynamische Pandemiegeschehen gestaltete die fachliche Arbeit mit den jungen Menschen mit den immer wieder veränderten Rahmenbedingungen gem. Corona-Schutzverordnung extrem herausfordernd.

Eine umfassende Beantwortung aus den verschiedenen Bereichen findet sich in der beigelegten Anlage, auf die vorliegenden Fragen wird zusammenfassend Stellung genommen.

1. Frage:

Der partizipative Austausch mit Kindern und Jugendlichen ist ein gelebtes Grundprinzip der Arbeit in allen Bereichen der Kölner Kinder- und Jugendhilfe. Es bestanden in allen Bereichen weiterhin Kontaktangebote, die aufgrund pandemiebedingter Vorgaben teilweise nur digital möglich waren. Vormals bereits schwer erreichbare Kinder und Jugendliche haben diese Angebote jedoch nicht angenommen, zumal durch digitalen Unterricht aus verschiedenen Bereichen eine Art medialer Überdross festgestellt wurde.

Über Mitarbeiter*innen des Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienstes und in Jugendzentren bestand neben den digitalen Angeboten aller Einrichtungen im Rahmen der geschützten und genehmigten Ausnahme im Rahmen des Kinderschutzes face-to-face-Kontaktmöglichkeiten in Notfällen. Neben Einzelgesprächen im Freien oder „Fenstergesprächen“ sowie weiteren auf Flexibilität basierenden Maßnahmen, wurden etliche Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes und in der Kinder- und Jugendarbeit mit Diensthandys ausgestattet, um auf digitalem Weg Beziehungen aufrecht zu erhalten.

Familienhebammen und weitere Fachkräfte der Frühen Hilfen haben einen engen Kontakt per Telefon gehalten und versucht, Treffen im Freien zu organisieren.

In den Bereichen der Jugendberufshilfe bestand während der gesamten Zeit ein regelmäßiger telefonischer sowie digitaler Austausch mit Jugendlichen und Trägern der Jugendberufshilfe.

Seitens der an über 150 Schulen tätigen Schulsozialarbeitender wurde trotz Zeiten des Distanzunterrichts der Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen gehalten; die Aufgabe der hierzu geschulten Fachkräfte ist es, eine Sensibilisierung bezüglich LSBTI-Themen in der Schule herbeizuführen.

Neben fest verorteten Angeboten bestand über das aufsuchende Streetwork-Angebot Kontakt zur Zielgruppe mittels partizipativer Einzelgespräche innerhalb des Lebensraumes der Kinder- und Jugendlichen. Jedoch wurde seitens der Streetwork-Mitarbeiter*innen in Köln ein deutlicher Rückgang von Jugendlichen im öffentlichen Raum zugunsten eines verstärkten medialen Konsums zu Hause in einer virtuellen Welt festgestellt.

Trotz der allseits erlebten Schockstarre reagierten alle Akteure in der Kölner Kinder- und Jugendhilfe-landschaft mit einer schnellen Anpassung und Umstellung Ihrer Angebote. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie, der ersten Corona-Schutzverordnung sowie erstmaliger Schließung der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) im März 2020 besteht ein enger Austausch zwischen den jeweiligen Akteuren und Bezirksjugendpflegern, über den mit den jeweiligen Akteuren im Sozialraum die aktuell gültigen Einschränkungen und Möglichkeiten der Arbeit diskutiert werden. Dabei standen die Bedürfnisse und Belange der Kinder und Jugendlichen stets im Vordergrund und sie wurden über den partizipativen Ansatz der Befragung (per Brief, über WhatsApp-Gruppen, Facebook, Instagram, usw.) aufgefordert, ihre Wünsche und Bedürfnisse mitzuteilen, damit die Jugendzentren ihre analoge und digitale Angebotsstruktur angleichen konnten. Die daraus generierten Angebote wurden fortlaufend modifiziert und angepasst.

Aufgrund der beschriebenen Problematiken und der „digitalen Müdigkeit“ stellt es derzeit eine große Herausforderung dar, die jungen Menschen weiterhin zu motivieren, aktiv an der Gestaltung der Angebote zu partizipieren. Dennoch ist es weiterhin Ziel und Aufgabe der Fachkräfte, dies in allen Bereichen weiterhin zu ermöglichen.

2. Frage:

Aufgabe der Kinder- und Jugendarbeit ist es, in einem stetigen Prozess aktuellen Themen und Lebensbedingungen zu begegnen, um den Belastungen von Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken. In den bestehenden Strukturen/Maßnahmen wurde dies in der aktuellen Pandemie-Situation durch bestmögliche Anpassungen berücksichtigt.

Direkt mit Beginn des ersten Lockdown hat das Amt für Kinder, Jugend und Familie Vorkehrungen getroffen, den Schutz der Kinder und Jugendlichen -soweit es eben ging- sicherzustellen. Dazu zählte u.a.:

- Abstimmung mit allen Kindertagesstätten und Schulen in Köln zur Aufnahme von „gefährdeten Kindern“ im Rahmen der Notbetreuung,
- Festlegung von Mindestarbeitsstandards für die Bereiche des Allgemeinen Sozialen Dienstes, des Pflegekinderdienstes, JGH, UMA-Erstaufnahme und Amtsvormundschaft, um den Kontakt zu den dem Jugendamt bekannten Familien aufrechtzuerhalten,
- Ausstattung des Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienstes (GSD) mit Schutzausrüstung, um einen nahtlosen „Rund um die Uhr - Dienst“ ohne Einschränkung aufrechtzuerhalten,
- Bewilligung von Helferstunden für Integrationshelfer an Schulen,
- Schaffung einer zusätzlichen Notaufnahmegruppe, um auch an Covid 19 erkrankte bzw. unter Quarantäne stehende Kinder und Jugendliche in Krisensituationen betreuen zu können,
- Absprachen mit den Fach- und Familienberatungsstellen zur Umstellung der Arbeitsabläufe auf Online-Kontakte, um den Kontakt zu Eltern und deren Kindern aufrecht zu erhalten,

- Beziehungsarbeit und Teilnehmerbindung, Beratungsangebote und Umsetzung von Homeschooling über zusätzliche Angebote und Formate,
- Umstellung der Angebote zum Beziehungserhalt über 1.1-Kontakte im Freien, Video- bzw. Telefonkonferenzen und WhatsApp-Austausch in den möglichen Bereichen,
- Fortlaufende Entwicklung und Anpassung von Notfallplänen zur Nutzung aller Möglichkeiten und Anpassung von Angeboten unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Corona-Schutz-Verordnungen,
- verstärkter Fachkräfteaustausch und Gestaltung von Kooperationsbeziehungen.

Der vermehrten Forderung der jungen Menschen, die sich in der Corona-Schutzverordnung nicht mehr ausreichend berücksichtigt finden, wird durch fortwährende Anpassungen gemäß den Wünschen und (vermuteten) Bedarfen der Kinder und Jugendlichen Folge geleistet. Nach aktuell wieder einsetzendem Präsenzunterricht ist es Aufgabe der Schulsozialarbeit, wahrzunehmen, wie und ob Schüler*innen in den Schulalltag zurückkehren und Angebote zu gestalten, die auf deren Bedürfnisse eingehen.

3. Frage

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die bestehenden Strukturen gem. des Aufgabenbereiches der §§ 11-14 SGB VIII der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Streetwork, Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe/ Jugendsozialarbeit sowie der Hilfen zur Erziehung der Kinder- und Jugendhilfe gem. §§ 27 ff. mit ihren partizipativ ausgerichteten Angeboten bereits die beschriebene Zielgruppe in ihren Aufgabenbereichen im Blick haben und im Rahmen ihrer Ressourcen daran arbeiten, weiteren negativen Langzeitfolgen entgegenzuwirken.

Daher gilt es diese Ressourcen zu stärken und insbesondere den Ausbau bzw. die Wiederaufnahme präventiver Angebote zu fördern, um die Beratungsarbeit in den vorhandenen Strukturen zu intensivieren und um dem Unterstützungsbedarf von Familien und deren Kindern entsprechen zu können. Notwendig ist dafür vor allem die aktuelle Öffnung des offenen Bereichs in den Kinder- und Jugendzentren.

Die vorhandenen Strukturen sind insgesamt als gut zu bewerten und konnten die aktuellen Probleme weitestgehend auffangen. Perspektivisch sollten die Verlinkungen und Kooperation mit Spezialdiensten für psychische Unterstützung und Diagnostik sowie allen entsprechenden Stellen im Hinblick einer besseren Gestaltung von Übergängen betrachtet werden.

Gez. Voigtsberger